

WPS 089
Christliche Initiative Romero

Berlin, 29. Juni 2017

1. Menschenrechte effektiv schützen

Frage a:

Setzen Sie sich für eine gesetzlich verbindliche Regelung in Deutschland ein, nach der Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachkommen müssen? Wenn ja, wie?

Antwort:

Auf Initiative der SPD hat Deutschland seit Dezember 2016 einen Nationalen Aktionsplan, mit dem die UN-Prinzipien „Wirtschaft und Menschenrechte“ umgesetzt werden sollen. Danach ist nicht nur der Staat zum Schutz der Menschenrechte verpflichtet, sondern auch die Wirtschaft trägt Verantwortung. Unabhängig von ihrer Größe, Branche oder ihrer Lieferketten obliegt allen Unternehmen eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht. Künftig sollen sie die Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Menschenrechte ermitteln, bei Bedarf Gegenmaßnahmen ergreifen, Bericht erstatten und einen transparenten Beschwerdemechanismus einrichten. Menschenrechtliche Risiken sollen so vermieden oder wenigstens verringert werden.

Viele Menschenrechtsorganisationen wollten eine gesetzliche Regelung festgeschrieben haben. Dies war mit dem Koalitionspartner nicht möglich. Deshalb soll in einem Monitoringverfahren ab 2018 die Umsetzung des Aktionsplans nachgehalten werden. Notfalls werden weitergehende Schritte bis hin zu gesetzlichen Maßnahmen geprüft. Dies werden wir sehr ernst nehmen.

Bis 2020 soll mindestens die Hälfte aller Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in ihre Unternehmenspolitik integriert haben. Auch ohne gesetzliche Regelung sind wir einen großen Schritt weiter auf dem Weg hin zu mehr menschenrechtlicher Verantwortung von Unternehmen und mehr Verbindlichkeit gekommen.

Frage b:

Setzen Sie sich dafür ein, dass die zukünftige Bundesregierung aktiv die internationale Zusammenarbeit zu einem völkerrechtlich bindenden UN-Abkommen für Wirtschaft und Menschenrechte (UN-Treaty) unterstützt? Wenn ja, wie?

Antwort:

Wir setzen uns für eine Verlängerung der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Menschenrechte“ beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ein und unterstützen damit die Initiative Ecuadors und Südafrikas für ein internationales Abkommen. Die Unternehmensverantwortung muss weltweit gestärkt werden. Nationale Aktionspläne, wie Deutschland einen vorgelegt hat, können beispielgebend für andere Länder sein und Regierungen und Wirtschaft für die Problematik sensibilisieren. Ein verbindliches globales Abkommen hätte jedoch eine ungleich größere Wirkung. Wir wollen uns an konstruktiven Diskussionen über dieses Ziel proaktiv beteiligen und an einer abgestimmten Position innerhalb der EU arbeiten.

2. Rohstoffverbrauch senken**Frage:**

Setzen Sie sich über die Ressourceneffizienz hinaus dafür ein, dass der absolute Rohstoffverbrauch in Deutschland deutlich reduziert wird? Wenn ja, wie?

Antwort:

Angesichts der Endlichkeit der natürlichen Rohstoffe aber eben auch zunehmend erschwerter Abbaubedingungen, handelsverzerrender Ressourcenpolitiken sowie absehbarer Preis- und Verteilungskonflikte bei mineralischen und energetischen Rohstoffen ist die Verringerung des Ressourcen- und Materialverbrauchs notwendig. Nur eine zeitgemäße Politik der Ressourcenschonung und der effiziente Umgang mit ihnen sichert Gerechtigkeit.

Neben der Steigerung der Ressourceneffizienz ist die absolute Senkung unseres Pro-Kopf-Rohstoffbedarfs unabdingbar. Wir müssen die Ressourceninanspruchnahme in den Industriestaaten absolut senken und dies zu einem Erfolgsmodell machen, weil die Ressourceninanspruchnahme durch die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer sonst zu explodieren droht. Daher ist es erforderlich, Ziele zur absoluten Senkung der Ressourceninanspruchnahme zu definieren. Tatsächlich haben wir in den letzten zwei Jahrzehnten in Deutschland eine absolute Senkung des Rohstoffeinsatzes um etwa 13% erreicht, sie ist aber noch viel zu gering, um international als Orientierung dienen zu können. Zur Senkung des absoluten Rohstoffverbrauchs müssen wir die Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Wir müssen als Gesellschaft noch mehr Abfälle vermeiden, mehr Wertstoffe im Kreislauf führen, mehr Abfallarten besser stofflich verwerten. Wir brauchen innovative Ideen für Wiederverwendung. Hersteller sollen angehalten werden, ressourcenschonende, langlebige, reparier- und recycelbare Produkte zu schaffen. Hierzu können finanzielle Anreize ebenso beitragen wie Recyclinglabels. Wir plädieren dafür, dass Verbraucher /Innen Informationen über die Lebensdauer, die Lieferbarkeit von Ersatzteilen, Reparaturmöglichkeiten beim Kauf von Produkten erhalten und über die ökologischen Vorteile von langlebigen Produkten informiert werden. Wir wollen, dass bei der Anwendung der Ökodesign-Richtlinie neben der Betrachtung des Energieverbrauchs auch der Ressourcenverbrauch stärker berücksichtigt wird und der Anwendungsbereich schrittweise auf weitere Produktgruppen neben den energieverbrauchsrelevanten erweitert wird. Wir wollen Angebote zur betrieblichen Ressourceneffizienzberatung ausbauen, denn der sparsame Umgang mit Rohstoffen und Energie ist für Unternehmen eine betriebliche Notwendigkeit.

Die Verringerung des absoluten Rohstoff- und Materialverbrauchs ist eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit und birgt gleichzeitig große Chancen. Wir wollen nicht nur selbst unseren Rohstoffverbrauch aus Gründen der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit reduzieren, sondern vor allem den Schwellenländern zeigen, dass wirtschaftlicher Erfolg und eine Senkung des Ressourceneinsatzes Hand in Hand gehen können.

3. Zivilgesellschaft schützen

Frage:

Setzen Sie sich dafür ein, dass die zukünftige Bundesregierung und die EU in bi- und multilateralen internationalen Verhandlungen konsequent den Schutz der Zivilgesellschaft einfordern und überwachen? Wenn ja, wie?

Antwort:

Bereits heute setzt sich die SPD intensiv für den Schutz der Zivilgesellschaft ein. Dies wird sie in einer künftigen Bundesregierung genauso engagiert fortführen. Die Situation der Zivilgesellschaft hat sich in vielen Staaten massiv verschlechtert. Restriktive NGO-Gesetze schränken die Spielräume von Organisationen in einer Weise ein, dass viele kaum mehr handlungsfähig sind oder gar vor dem Aus stehen. Besonders betroffen sind Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, allen voran jene, die sich für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte stark machen, sei es in der Textilproduktion, in der Rohstoffförderung oder in Landkonflikten.

Auf Initiative der SPD haben wir im Menschenrechtsausschuss des Bundestages den Schutz der Zivilgesellschaft zum zeitweiligen Schwerpunktthema gemacht und dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht sowie eine große Konferenz organisiert. Auf europäischer und internationaler Ebene unterstützen wir die konsequente Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern in Drittstaaten, setzen uns für die politische und finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft ein sowie im Bedrohungsfall für eine Aufnahme in einem Nachbarland oder in Deutschland. Der Schutz einer lebendigen Zivilgesellschaft, die für uns Grundlage der Demokratie ist, ist ein besonderes Anliegen der SPD.